

Nr. 1

juni 2005

**Axel Dreher  
Jan-Egbert Sturm**

# Wachstumsschwäche Schweiz: Ein Vergleich mit anderen (kleinen) europäischen Staaten

Diskussionsbeiträge  
Thurgauer Wirtschaftsinstitut



**THURGAUER  
WIRTSCHAFTSINSTITUT**  
an der Universität Konstanz

# Wachstumsschwäche Schweiz: Ein Vergleich mit anderen (kleinen) europäischen Staaten

Axel Dreher

[dreher@twi-kreuzlingen.ch](mailto:dreher@twi-kreuzlingen.ch)

TWI und Universität Konstanz

Jan-Egbert Sturm

[sturm@twi-kreuzlingen.ch](mailto:sturm@twi-kreuzlingen.ch)

TWI und Universität Konstanz

## ZUSAMMENFASSUNG

juni 2005

Dieser Beitrag verfolgt zwei Ziele. Erstens fasst er überblicksartig die Debatte um die Schweizer Wachstumsschwäche zusammen. Zweitens, wann immer es die Datenlage zulässt und es einen Erkenntnisgewinn verspricht, konfrontieren wir die Entwicklungen in der Schweiz mit denen ihrer Nachbarländer, besonders mit denen in acht einkommensstarken und kleinen Volkswirtschaften Europas. Auf diese Art beleuchten wir die gängigsten Erklärungen der Schweizer Wachstumsschwäche und konfrontieren sie mit den Daten.

Zusammenfassend finden wir, dass der Schweizer Wirtschaft ihr relativ geschlossener Charakter schwer zu schaffen macht. Unzureichender Wettbewerb im Inland hält den notwendigen Strukturwandel auf und bremst damit das Wirtschaftswachstum. Die europäische Integration hat diese Problematik weiter verschärft. Zusammen mit der realen Aufwertung des Schweizer Frankens hat sie dafür gesorgt, dass der Standort Schweiz international an Terrain verliert, was sowohl den Investitionsrückgang als auch die Wachstumsschwäche in der Schweiz zumindest teilweise erklären kann.

## Einleitung

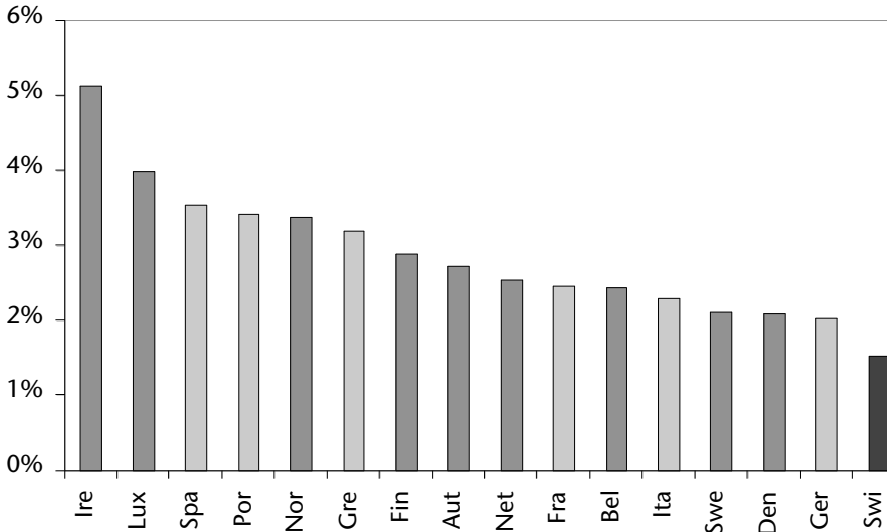
In Japan wächst die Wirtschaft wie seit den achtziger Jahren nicht mehr; Wachstumsraten von 2,5 und 4 Prozent für die Jahre 2003 und 2004 und eine Prognose von 2,25 Prozent für dieses und das kommende Jahr markieren das Ende der Rezession unter der die japanische Wirtschaft mehr als ein Jahrzehnt zu leiden hatte. Auch Deutschland scheint sich langsam von einer langen Stagnationsphase zu erholen; die Reformbereitschaft und die ersten – wenn auch zögerlichen – Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft lassen die Zukunft in einem etwas besseren Licht erscheinen. Doch was ist mit der Schweiz? Hier scheinen grosse Teile der Bevölkerung sich immer noch in der Verleugnungsphase zu befinden. Gibt es hier überhaupt ein strukturelles Wachstumsproblem, oder können wir – im Gegensatz zu Japan und Deutschland – ohne wesentliche Reformen ein Licht am Ende des Tunnels sehen?

Es liegt auf der Hand, dass ein Vergleich zwischen der Schweiz und so grossen Ländern wie Deutschland und Japan nicht sehr aussagekräftig ist. Die geringe Grösse der Schweiz und die damit verbundene Offenheit ihrer Volkswirtschaft versetzen das Land in eine grössere Abhängigkeit – besonders von den sie umschliessenden EU-Ländern. Die geographische Lage der Schweiz im Herzen Europas lässt der Wirtschaftslage der europäischen Länder, und darunter besonders der in den Euro-Ländern eine wichtige Rolle zukommen.

Innerhalb Europas ist die Schweiz nicht das einzige kleine Land – es scheint aber das einzige kleine Land mit einem substantiellen Wachstumsproblem zu sein. Inwieweit können wir aus Vergleichen mit anderen kleinen und einkommensstarken europäischen Ländern lernen? Wo stehen wir im Vergleich zu diesen Ländern?

Dieser Beitrag verfolgt zwei Ziele. Erstens fasst er überblicksartig die Debatte um die genannte Wachstumsschwäche zusammen. Hierbei gehen wir zunächst auf die Messprobleme bei der Berechnung des Wirtschaftswachstums ein (gibt es überhaupt ein Wachstumsproblem?). Im Anschluss daran werden mögliche Ursachen diskutiert, die man einerseits der Nachfrageseite (Warum ist die aggregierte Nachfrage nicht stärker gewachsen?) und andererseits der Angebotsseite (Warum ist das Angebot nicht stärker gestiegen?) zuordnen kann. Zweitens, wann immer es die Datenlage zulässt und es einen Erkenntnissgewinn

**Abbildung 1: Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts, 1970-2004 (in %).**



Quelle: Groningen Growth and Development Centre und the Conference Board, *Total Economy Database*, Januar 2005, eigene Berechnungen.

verspricht, konfrontieren wir die Entwicklungen in der Schweiz mit denen ihrer Nachbarländer, besonders mit denen in acht einkommensstarken und kleinen Volkswirtschaften Europas.<sup>1</sup>

## Die Daten

Als ubliche Messgrösse des Wirtschaftswachstums dienen die offiziellen Jahreswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Durch die

<sup>1</sup> Diese acht Länder sind: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

Verwendung einer einzigen Datenquelle für alle Länder, nämlich das Groningen Growth and Development Centre, umgehen wir offensichtliche Definitionsunterschiede zwischen den Ländern weitgehend.<sup>2</sup> Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, war die Schweiz mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent über den gesamten Zeitraum von 1970 bis 2004 das Schlusslicht unter den betrachteten Ländern, und scheint damit tatsächlich ein Wachstumsproblem ersten Ranges zu haben. Selbst ein Land wie Deutschland, dem ebenfalls eine immanente Wachstumsschwäche nachgesagt wird, übertrifft die Schweiz merklich. Dieses Wachstumsproblem an sich ist unter Ökonomen wohl bekannt und akzeptiert, doch über das Ausmass und besonders die Ursachen des Problems herrschen keine Einigkeit.

Einwände gegen vom realen Bruttoinlandsprodukt gezeichnete Bild sind beispielsweise in Schaltegger (2003) zusammengetragen. Einer dieser Einwände geht auf Kohli (2002) zurück und betrifft die Nichtberücksichtigung von Verbesserungen der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade). Für die Schweiz haben sich die Austauschverhältnisse zwischen 1980 und 2000 um rund 35 Prozent erhöhet – für eine bestimmte Exportmenge können heute also deutlich mehr Importe eingeführt werden. Da diese Entwicklung weltweit fast einmalig ist, könnte dies die relative Position der Schweiz wesentlich beeinflussen. Wie Kohli (2002) zeigt, führt das dazu, dass der für die Berechnung des realen BIP verwendete Deflator den Anstieg des Preisniveaus in der Schweiz überschätzt. So wie man üblicherweise das BIP berechnet, führt eine Verbesserung der Terms of Trade zu einem Rückgang des Sozialprodukts, was das BIP-Wachstum letztlich als zu gering ausweist. Dieser Messfehler schlägt nach Kohli (2002) im Zeitraum 1980–2000 mit etwa 0,6 Prozent pro Jahr zu Buche, andere schätzen diesen Effekt etwas geringer aber immer noch signifikant ein. Obwohl beträchtlich, beeinflusst dieses Messproblem die relative Position der Schweiz allerdings kaum;

---

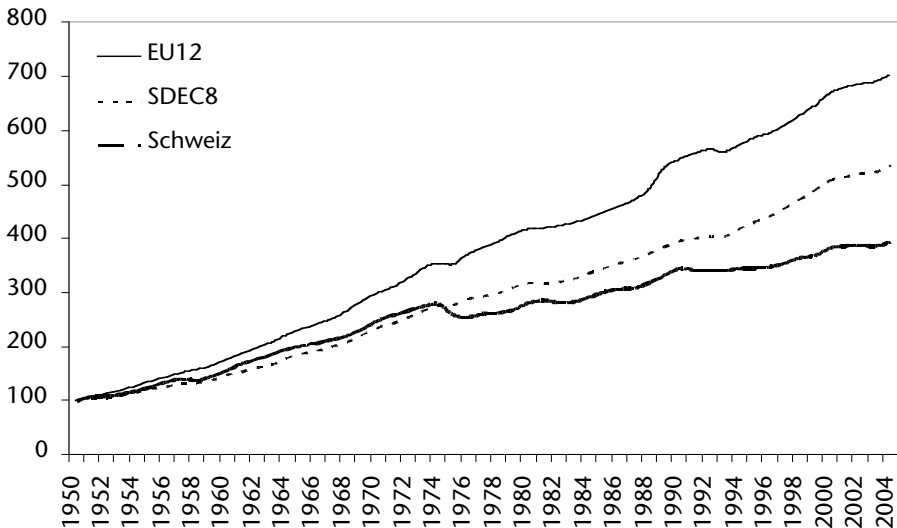
<sup>2</sup> Die hier verwendeten Produktions- und Beschäftigungsdaten sind dem Groningen Growth and Development Centre (GGDC) der Universität Groningen (<http://www.eco.rug.nl/ggdc>) entnommen, die zu wesentlichen Teilen auf der Arbeit von Maddison (2001) basieren. Die von uns verwendeten Daten beziehen sich auf das Basisjahr 2002 und wurden mit ‚EKS‘ Kaufkraftparitäten in US Dollar konvertiert. Die genaue Berechnungsmethode geht aus OECD (2002) hervor.

bei der Wachstumsperformance bleibt die Schweiz im Hinterfeld, wenn nicht sogar das Schlusslicht.

Ein zweiter Einwand betrifft die Nicht-Berücksichtigung der Kaufkraft, anhand derer sich der effektive Lebensstandard in verschiedenen Ländern vergleichen lässt. Die OECD unterscheidet zwei Möglichkeiten, die Kaufkraftparität in die BIP-Berechnung einfließen zu lassen. Nach der Methode der kontemporären Kaufkraftparität (current PPPs) werden Änderungen in den Preisen und der Zusammensetzung des BIP der einzelnen Länder für jedes Jahr erfasst, so dass die resultierenden BIP-Zahlen auf laufenden international vergleichbaren Preisen beruhen. Während diese Zahlen leicht zwischen verschiedenen Ländern verglichen werden können, ergeben sich Probleme bei Vergleichen über die Zeit, denn die Änderungen des so berechneten BIP können auf Änderungen in den relativen Preisen zwischen den Ländern, Änderungen in den zugrunde liegenden Mengen und Änderungen in den Definitionen zurückgehen.

Diese Probleme lassen sich umgehen, wenn das BIP stattdessen mit konstanten Kaufkraftparitäten (constant PPPs) berechnet wird. Hierfür wird die Kaufkraftparität für ein Basisjahr berechnet und dann anhand der nationalen Inflationsraten für die anderen Jahre fortgeschrieben. Die Nachteile liegen auf der Hand: Da ein Basisjahr fixiert wird, bleiben Änderungen in der Preisstruktur unberücksichtigt, was über längere Zeiträume zu einer verzerrten Darstellung führen kann. Zudem werden die Ergebnisse von der Wahl des Basisjahres beeinflusst. Methodische Änderungen bei der Berechnung der Kaufkraftparitäten haben nach dieser Berechnungsmethode hingegen keinen Einfluss. Ein weiterer – wesentlicher – Vorteil der konstanten Kaufkraftparität ist sicherlich, dass das Wachstum der mit ihr berechneten relativen BIP-Volumina exakt widergespiegelt wird. Die OECD empfiehlt diese Daten daher, wenn die relative Position von Ländern über die Zeit verglichen werden soll. Diese Daten liegen den Abbildungen 1 bis 3 und Tabelle 1 zugrunde.

**Abbildung 2: Indikator für das reale Bruttoinlandsprodukt, 1950-2004 (1950=100, konstante Kaufkraftparitäten).**



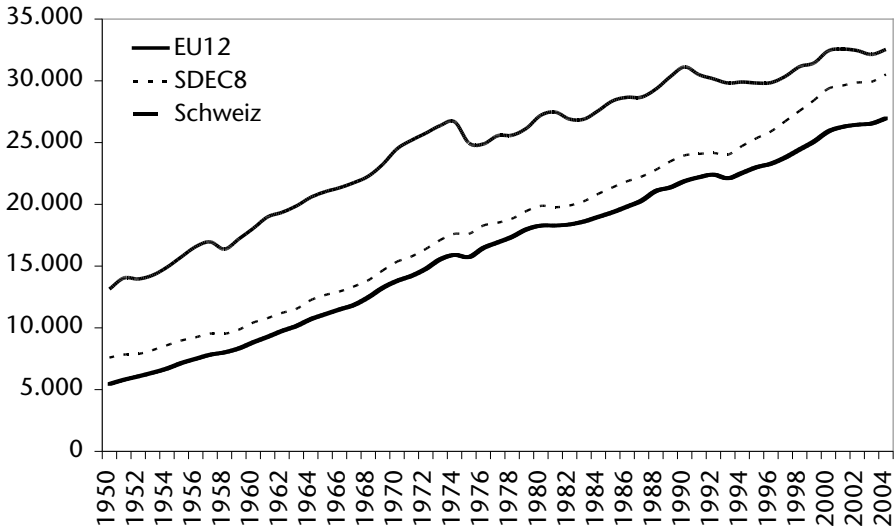
Quelle: Groningen Growth and Development Centre und the Conference Board, *Total Economy Database*, Januar 2005, eigene Berechnungen.

EU12: Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien.

SDEC8: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden. (SDEC: Small Developed European Countries)

Abbildung 2 zeigt das akkumulierte Wachstum des BIP seit 1950 für die Schweiz und den Durchschnitt für die acht kleinen einkommensstarken Länder (SDEC8), sowie für den jetzigen Euroraum (EU12). Wie man sehen kann, kommt es infolge der ersten Ölkrise zu einer Niveaueverschiebung – und das besonders in der Schweiz. Eine mögliche Erklärung ist die infolge der sinkenden Beschäftigtenzahlen einsetzende Abwanderung ausländischer Familien. Die wiederum geht auf eine damals noch fehlende Arbeitslosenversicherung zurück – zudem wurden zahlreiche Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängert.

**Abbildung 3: reales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, 1950-2004 (in 2002 US\$, konstante Kaufkraftparitäten).**



Quelle: Groningen Growth and Development Centre und the Conference Board, *Total Economy Database*, Januar 2005.

Insgesamt ist die Einwohnerzahl in der Schweiz dadurch über den Zeitraum 1974-77 um beinahe 150.000 gesunken – das entspricht einem Rückgang von 2,2 Prozent. Was weiter auffällt ist, dass die Schweizer Wachstumskurve seit 1990 merklich abflacht während die Wachstumsraten sowohl im Euroraum als auch in den kleineren Ländern mittelfristig unverändert bleiben.

Ein dritter Einwand betrifft die hohen Leistungsbilanzberschsse der Schweiz. Die Schweizer akkumulieren bereits über einen längeren Zeitraum beträchtliches Vermögen im Ausland. Dadurch steigt ihr zukünftiges Einkommen, ohne dass dem ein Anstieg der inländischen Produktion gegenübersteht. In anderen Worten: Das Nationaleinkommen (BNP) steigt im Verhältnis zum Inlandsprodukt (BIP) an. Um den Wohlstand der Schweizer zu messen, so



**Tabelle 1: Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde, 1950-2004  
(in 2002 US\$, konstante Kaufkraftparitäten).**

	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2004
<b>Österreich</b>	5,67 (9)	10,04 (8)	18,01 (8)	27,35 (6)	32,24 (6)	41,00 (5)	43,34 (5)
<b>Belgien</b>	8,23 (7)	10,99 (7)	20,26 (6)	30,70 (5)	37,05 (4)	47,80 (3)	48,84 (3)
<b>Dänemark</b>	9,70 (4)	13,74 (4)	18,16 (7)	24,58 (8)	31,76 (7)	39,69 (6)	42,02 (6)
<b>Finnland</b>	6,02 (8)	9,16 (9)	15,03 (9)	21,00 (9)	27,78 (9)	36,74 (8)	40,77 (7)
<b>Luxemburg</b>	12,19 (2)	15,44 (3)	24,60 (2)	30,97 (3)	42,30 (1)	54,08 (1)	53,79 (2)
<b>Niederlande</b>	10,53 (3)	15,84 (2)	24,14 (3)	33,08 (1)	40,11 (2)	44,29 (4)	45,47 (4)
<b>Norwegen</b>	8,83 (6)	13,52 (5)	20,63 (4)	30,88 (4)	38,90 (3)	51,64 (2)	57,19 (1)
<b>Schweden</b>	9,09 (5)	12,67 (6)	20,51 (5)	25,80 (7)	28,65 (8)	35,45 (9)	39,24 (8)
<b>Schweiz</b>	13,23 (1)	18,55 (1)	26,27 (1)	32,14 (2)	34,64 (5)	36,84 (7)	38,45 (9)

Quelle: Groningen Growth and Development Centre und the Conference Board, *Total Economy Database*, Januar 2005.

In den Klammern ist die relative Position des Landes angegeben.

beispielsweise Binswanger (2005), müssen aber auch die im Ausland erzielten Einkommen berücksichtigt werden. Zwischen 1970-2000 ist das BNP im Verhältnis zum BIP durchschnittlich um beinahe 0,1 Prozent pro Jahr gestiegen. Dieser Effekt übersteigt den der Vergleichsländern, ohne aber die relative Position der Schweiz wesentlich zu beeinflussen.

Ein viertes Argument gegen die bislang verwendeten Daten ist, dass nicht das Wachstum des BIP an sich die Leistung einer Volkswirtschaft misst, sondern vielmehr das BIP pro tatsächlich geleisteter Arbeitsstunde. Auch dieser Einwand könnte für die Schweiz eine besondere Bedeutung haben, da ihr Arbeitsmarkt relativ flexibel ausgestaltet ist und Änderungen im Zeitablauf somit wahrscheinlicher sind als in Ländern mit rigideren Arbeitsmärkten.

In einem ersten Schritt zeigt Abbildung 3 das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im europäischen Vergleich. Dieser Vergleich macht zwar deutlich, dass die Schweiz immer noch zu den reichsten Ländern Europas gehört (nur Luxemburg und Norwegen hatten im Jahr 2004 ein höheres durchschnittliches Einkommen als die Schweiz) – der Abstand durch das starke Abflachen des pro-Kopf-Wachstums der Schweiz ab 1990 ist aber nicht mehr sehr gross. Dass die Schweiz in diesem Niveauevergleich (immer noch) gut abschneidet, bedeutet,

dass entweder die Arbeitsproduktivität oder der Arbeitseinsatz in der Schweiz vergleichsweise hoch sein müssen. Tabelle 1 zeigt, dass das Letztere zutrifft. Bis in die siebziger Jahren hinein konnte die Schweiz zwar die höchste Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde vorweisen, doch seitdem geht es stetig bergab. In der in Tabelle 1 gezeigten Neunerliste (die Schweiz und die acht kleinen einkommensstarken europäischen Volkswirtschaften) belegt die Schweiz heute den allerletzten Platz. Das hohe Einkommen pro Einwohner verdankt die Schweiz daher einzig dem hohen Arbeitseinsatz.

Zusammenfassend lässt sich also zeigen, dass das BIP-Wachstum nach der überwiegend verwendeten Definition des BIP für die Schweiz unterschätzt wird.<sup>3</sup> Die angesprochenen Messfehler sind allerdings nicht so gravierend, dass die Diagnose einer Wachstumsschwäche verworfen werden könnte. Es bleibt dabei: Die Schweiz hat ein Problem. Auf mögliche Ursachen dieses Problems gehen die folgenden beiden Abschnitte ein.

## Die Nachfrageseite

In der Diskussion um die Schweizer Wachstumsschwäche werden eine Reihe möglicher Ursachen genannt. Ganz grob lassen sich zwei Lager unterscheiden. Die eine Seite führt die Wachstumsschwäche auf eine unzureichende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurück, während die andere Seite die Probleme im Wesentlichen auf der Angebotsseite sieht. In diesem Abschnitt präsentieren wir zunächst Argumente, die sich auf die Nachfrage konzentrieren.

Als eine mögliche Ursache für das geringe Wirtschaftswachstum nennt Rechsteiner (2003) die hohe Sparquote der Schweiz. Es wird zu wenig konsumiert, und die geringe Nachfrage belastet die Wirtschaft. Hinzu kommt, so Rechsteiner, dass durch das weit über den Inlandsinvestitionen liegende Angebot

---

<sup>3</sup> Bis 2003 wurden zudem bei der Berechnung des Schweizer BIP die Investitionen in Computer-Software und Patente als Kosten und nicht als Wertschöpfung erfasst. Nach den Berechnungen von Kappeler (2003) geht eine Umstellung der Statistik mit einem Anstieg der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate um 0,3 Prozentpunkte über den Zeitraum 1980-2000 einher.

**Tabelle 2: Spar-, Investitions- und Konsumquoten im internationalen Vergleich, 1971-2000 (% BIP).**

		1971-75	1976-80	1981-85	1986-90	1991-95	1996-00
S/Y	EU12	26,0%	23,4%	25,4%	22,4%	22,2%	22,7%
	SDEC8	27,5%	27,0%	27,8%	24,9%	24,5%	26,2%
	Schweiz	30,9%	29,4%	29,9%	27,3%	25,8%	24,9%
I/Y	EU12	27,0%	25,2%	27,7%	22,7%	21,5%	21,1%
	SDEC8	27,1%	26,7%	26,2%	23,2%	20,6%	21,2%
	Schweiz	31,4%	29,0%	30,6%	26,7%	22,1%	20,4%
(S-I)/Y	EU12	-1,0%	-1,8%	-2,3%	-0,3%	0,7%	1,7%
	SDEC8	0,4%	0,3%	1,5%	1,7%	4,0%	5,0%
	Schweiz	-0,5%	0,4%	-0,7%	0,5%	3,7%	4,5%
C/Y	EU12	74,5%	77,0%	79,3%	77,5%	77,8%	77,3%
	SDEC8	72,2%	76,2%	76,7%	74,9%	75,4%	73,8%
	Schweiz	69,2%	74,8%	75,2%	72,7%	74,2%	75,1%

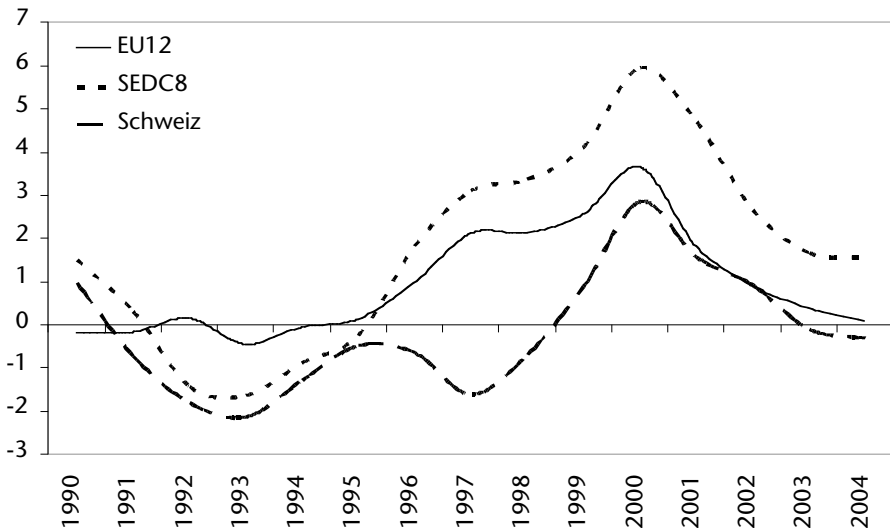
Quelle: World Bank Development Indicators, eigene Berechnungen.

S: Ersparnisse, I: Investitionen, C: Konsum, Y: BIP.

an Ersparnissen die Renditen sinken. Als Ursache des hohen Konsumverzichts wiederum, führt Rechsteiner ein „staatlich verordnetes Zwangssparen“ der 2. und 3. Säule der Alterssicherung an.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, lag die Sparquote (S/Y) der Schweiz tatsächlich über der der anderen kleinen Länder – allerdings nur bis Mitte der neunziger Jahre. Seit Ende der achtziger Jahre (und damit vor Anfang der Krise) sinkt sie klar und deutlich; davon dass sich die Schweiz mehr und mehr „zu Tode spart“ kann keine Rede sein.

Ein ähnliches Bild schildern auch die letzten Reihen der Tabelle 2: Während der Konsumanteil am BIP (C/Y) bis Mitte der neunziger Jahre unter dem der Vergleichsgruppe lag, ist er seitdem grösser. Was die *private* Konsumquote angeht (nicht in der Tabelle), liegt diese nicht nur durchgehend über der Konsumquote der kleinen europäischen Länder, sondern auch über der des jetzigen Euroraums. Der *Staatskonsum* relativ zum BIP hingegen liegt deutlich unter dem der beiden anderen Ländergruppen (nicht in der Tabelle).

**Abbildung 4: Primärsaldo des Staates, 1990-2004 (%BIP).**

Quelle: OECD Economic Outlook, eigene Berechnungen.

Trotz dem sowohl relativen als auch absoluten Rückgang der Sparquote ist der Sparuberschuss  $((S-I)/Y)$  der Schweiz immer noch vergleichbar mit dem der anderen kleinen Länder. Hieraus ist zu schliessen, dass lediglich die Investitionsquote  $(I/Y)$  Anlass zur Sorge gibt. Sie ist seit dem Ende der achtziger Jahre rapide gesunken, liegt seit Mitte der Neunziger unter der in den beiden Vergleichsgruppen, und sinkt weiter.

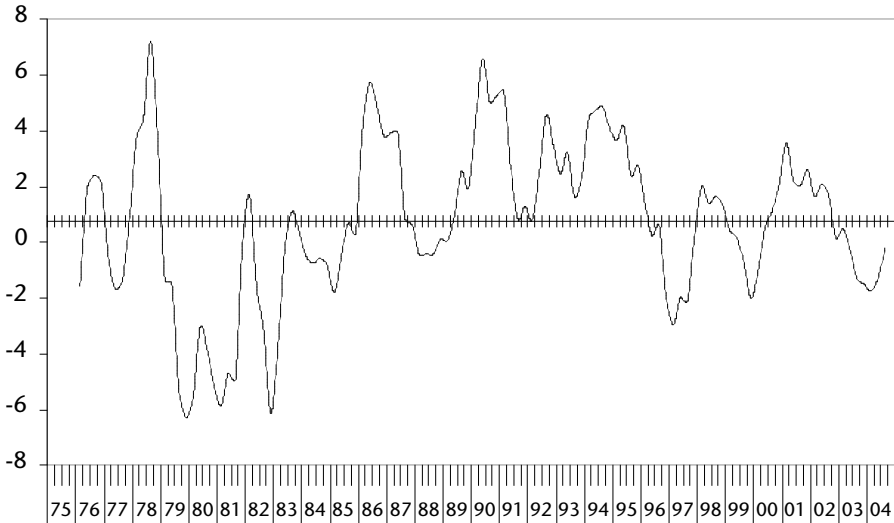
Für die geringe Nachfrage wird gelegentlich auch eine zu wenig expansive Fiskalpolitik verantwortlich gemacht. Beispielsweise wurde der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung in der Rezession von 1991-96 auf 3 Prozent erhöhet. Steuererhöhungen zum Ausgleich des lokalen und regionalen Budgets reduzierten das verfügbare Einkommen weiter, was wie der Rückgang der Staatsausgaben prozyklisch wirkte (Abrahamsen et al. 2003).

Abbildung 4 gibt den primären Staatssaldo (also den überschuss ohne den Schuldendienst) über den Zeitraum 1990-2004 wieder. Man kann sehen, dass das Staatsdefizit der Schweiz in diesem Zeitraum immer über dem der beiden Vergleichsgruppen lag. Während der gesamten neunziger Jahre war die Finanzpolitik der Schweiz somit vergleichsweise expansiv ausgerichtet – allerdings ohne dass es zu nennenswerten expansiven Impulsen gekommen wäre. Nach Kirchgässner (2005) war ein grosser Einfluss der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum auch nicht zu erwarten, denn deren Rolle ist in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz recht begrenzt.

Ein letztes Nachfrageargument, das wir hier kurz ansprechen wollen, betrifft die Geldpolitik. Diese wird verdächtigt, mit ihrem restriktiven Kurs in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Schweizer Wachstumsraten weit unter das Niveau der Nachbarländer getrieben zu haben. Die Geldpolitik wirkt zum einen über die Zinsen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Preise, zum anderen über den Wechselkurs. Im Monetary Conditions Index (MCI) werden die Veränderungen der monetären Rahmenbedingungen – gemessen an der gewichteten Summe aus realen Wechselkurs- und Zinsbewegungen – in einem Indikator ausgedrückt.

Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Monetary Conditions Index im Zeitraum 1975 bis 2004. Sinkt der MCI infolge sinkender Realzinsen und/oder einer realen Abwertung des Frankens, so verbessern sich die monetären Rahmenbedingungen für die Schweiz. Umgekehrt verschlechtern sich die monetären Rahmenbedingungen (der MCI steigt), wenn der Realzins steigt und/oder der Franken real aufgewertet wird. Über einen relativ langen Zeitraum von 1990 bis 1996 waren demnach die monetären Rahmenbedingungen in der Schweiz durchweg restriktiv – und das obwohl die konjunkturelle Lage der Schweiz im gleichen Zeitraum nicht sehr rosig war. Da der Geldmarktzins in der Schweiz sich weitgehend an der Entwicklung in Europa orientiert hat und damit schon Ende 1992 deutlich sank, hat dazu vor allem die reale Aufwertung des Frankens beigetragen.

**Abbildung 5: Monetary Conditions Index (MCI) für die Schweiz, 1975-2004.**



Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), International Financial Statistics, eigene Berechnungen.

Der MCI ist mit Hilfe des realen effektiven Wechselkurses, des Geldmarktzinssatzes und der Anstiegsrate des Konsumentenpreisindizes berechnet. Das Verhältnis der Gewichte von Realzins und realem effektiven Wechselkurs des Euro beträgt hier 3:1. (Dadurch ist die Variabilität der beiden Zeitreihen in etwa gleich gross.) Der Durchschnittswert beträgt 0,74.

Wenn wir die Nachfrageargumente zusammenfassen, kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass das Spar- und Konsumverhalten des privaten und üblichen Sektors die Wachstumsschwäche nicht erklären kann. Im Gegenteil: Die Sparquote ist seit längerer Zeit rückläufig, die Konsumquote leicht ansteigend, und die Fiskalpolitik weitgehend expansiver als in den umliegenden Ländern. Schon eher ein Grund zu Sorge ist der Rückgang der Investitionen. Dieser könnte zumindest teilweise durch die restriktiven monetären Rahmenbedingungen in der ersten Hafte der neunziger Jahre verursacht sein.

## Die Angebotsseite

In der modernen Volkswirtschaftslehre werden die Ursachen von Problemen mit kurzfristigem Charakter meist auf der Nachfrageseite gesucht – für langfristige Probleme werden die Ursachen hingegen eher auf der Angebotsseite gesehen. Die Dauer des Schweizer Wachstumsproblems allein würde daher vermuten lassen, dass auf die Angebotsseite zielende Argumente mehr zu bieten haben. Wir diskutieren diese Argumente in vier Abschnitten: Der erste befasst sich mit dem üblichen Sektor, der zweite mit der europäischen Integration, der dritte mit der realen Aufwertung des Frankens, und der vierte mit dem unvollständigen Wettbewerb in der Schweiz.

Traditionell ist der übliche Sektor in der Schweiz vergleichsweise bescheiden. In der Schweiz arbeiten ungefähr 4 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor – in den europäischen Vergleichsländern ist der Anteil im Durchschnitt mit über 7 Prozent fast doppelt so hoch. Die Staatsausgaben – und somit die Steuer- und Abgabenbelastung – der Schweizer sind aber über die letzten 10 Jahre beträchtlich gestiegen. Tatsächlich ist das Wachstum der Schweizer Staatsquote in den neunziger Jahren OECD-weit nur von Japan übertroffen worden (Borner und Bodmer 2004). In diesem Zeitraum haben mit der Ausnahme von vier Ländern, die eine Erhöhung der Staatsquote aufzuweisen hatten, alle OECD-Länder ihre Staatsquote zurückgefahren. Wie Borner und Bodmer (2004) zeigen, weist die Schweiz nur dann eine vergleichsweise niedrige Staatsquote aus, wenn auf die Definition der OECD zurückgegriffen wird. Nimmt man die Zwangsabgabenquote als Mass, steht die Schweiz nach Ansicht vieler Ökonomen nicht länger als Musterschüler da.

In der Schweiz sind besonders die Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt deutlich gestiegen. Wie Borner und Bodmer (2004) anhand eines „Index der Grosszügigkeit der Sozialleistungen“ der OECD zeigen, lag die Schweiz zwar 1961 an zweitletzter Stelle der untersuchten Länder – zählte 1999 aber zur Spitzengruppe. Diese Beobachtung steht im Widerspruch zur geläufigen These, der Schweizer Sozialstaat sei weniger ausgebaut, als der vieler sonst vergleichbarer Staaten. Ein ähnlicher Anstieg der Ausgaben im Verhältnis zum BIP

lässt sich nach Borner und Bodmer auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Verkehr beobachten.

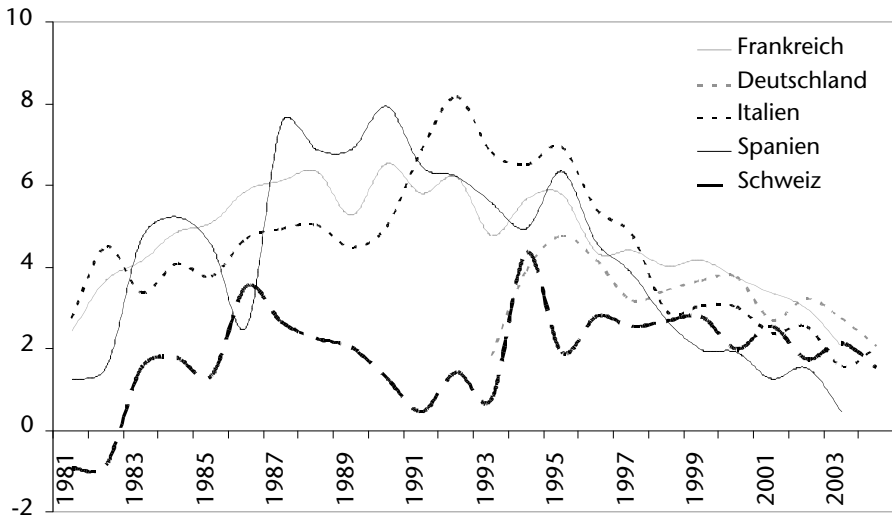
Inwieweit die hohe Staatsquote (oder – für die Schweiz relevanter – deren Anstieg) aber tatsächlich das Wirtschaftswachstum hemmt, ist freilich eine andere Frage. Die Hypothese, der öffentliche Sektor sei weniger effizient als die Privatwirtschaft, lässt sich nicht zweifelsfrei belegen. Unbestritten ist hingegen, dass für eine funktionierende Privatwirtschaft ein Mindestmass an Staat benötigt wird – auch wenn die resultierende Steuerlast Verzerrungen und Wohlfahrtsverluste impliziert. Wie hoch der für das Wirtschaftswachstum optimale Staatsanteil ist, bleibt offen und ist, so Kirchgässner (2004), von der Art des Sozialstaats abhängig: Im Wohlfahrtsstaat skandinavischer Prägung ist er sicherlich merklich höher als im angelsächsischen Modell.

Nach Kirchgässner (2005) ist das Argument einer zu hohen Staatsquote für die Schweiz dann auch wenig überzeugend: Die Steuern sind im internationalen Vergleich immer noch niedrig, weshalb sich in den vergangenen Jahren 400 neue Unternehmen in der Schweiz niedergelassen haben. Auch die von Kirchgässner (2004) zusammengefasste empirische Literatur über die Höhe der Staatsquote und das Wirtschaftswachstum in der Schweiz kommt zu keinem eindeutigen Ergebnis. Je nachdem welche Daten für die Analyse verwendet werden, lässt sich sowohl ein negativer Einfluss der Staatsquote auf das Wirtschaftswachstum zeigen, als auch ein positiver Einfluss der Staatsausgaben pro Kopf (Sturm und de Haan, 2005). Gerade kleine europäische Länder mit hoher Staatsquote sind in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen als die Schweiz (Kirchgässner 2005). Das trifft beispielsweise auf Dänemark, Österreich oder Schweden zu.

Nicht nur den Umfang des öffentlichen Sektors, sondern auch seine Organisation ist Gegenstand einer heftigen Kontroverse. Die direkte Demokratie und die föderale Struktur der Schweiz werden von einigen als Ursache für einen „Reformstau“ genannt. Borner und Bodmer (2004) beispielsweise identifizieren die direkte Demokratie als Hauptursache der Schweizer Wachstumsschwäche. Dabei weisen sie auf die Inkonsistenz der demokratischen Prozesse, auf Abstimmungsparadoxe und Risikoaversion der Stimmbürger hin und beleuchten Schwächen der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in der Schweiz – wie zu niedrige Hürden für Initiativen und Referenden. Die meisten empirischen Studien



**Abbildung 6: Realzinsen in einigen Europäischen Ländern, 1981-2004 (%).**



Quelle: Währungsfonds (IWF), International Financial Statistics, eigene Berechnungen.  
Die abgebildeten Realzinsen sind die Differenz zwischen den Nominalzinsen auf langfristige Staatsanleihen und den realisierten Veränderungsraten der Konsumentenpreisindizes im gleichen Jahr.

dieser Frage deuten allerdings auf das Gegenteil hin: das Wirtschaftswachstum in Kantonen mit stärker ausgeprägter direkter Demokratie ist höher, als in solchen mit eher repräsentativer Demokratie (Feld und Savioz 1997, Freitag und Vatter 2004).

Bezüglich der europäischen Integration sind zwei Wirkungskanäle zu unterscheiden. Der erste betrifft den Einfluss der Zinskonvergenz im Euroraum auf die Schweiz, der zweite die Folgen des offenen europäischen Binnenmarktes. Hierbei handelt es sich im Prinzip um ein Nullsummenspiel: Beide Wirkungskanäle beinhalten grösstenteils Umverteilungseffekte – und die Schweiz steht als Verlierer dar.

Wie Abbildung 6 andeutet, waren die Realzinsen in der Schweiz historisch gesehen fast immer unter dem Niveau der übrigen europäischen Länder. Die monetäre Integration in Europa hat nicht nur für ein Angleichen der Nominalzinssätze in Europa geführt, sondern auch zu einem (etwas langsameren) Inflationsangleich. Als Anker fungiert Deutschland, ein Land, das wie die Schweiz bereits vor der Integration niedrige Realzinsen hatte. Die Angleichung des Zinsniveaus sorgt dafür, dass der relative Standortvorteil, den die Schweiz lange Zeit gehabt hat – nämlich, dass die Investitionskosten relativ niedrig und damit viele Investitionsprojekte hier rentabler waren als im übrigen Europa – heutzutage kaum noch existiert. Daraus resultiert eine Umschichtung des europäischen Kapitals von der Schweiz in Richtung übriges Europa.

Der zweite Substitutionseffekt infolge der europäischen Integration bezieht sich auf die Handelsströme; der offene europäische Binnenmarkt macht Handel zwischen teilnehmenden Ländern attraktiver als zwischen der Schweiz und den anderen europäischen Ländern. Wie die untere Hälfte von Tabelle 3 zeigt, hat der Schweizer Handel in den letzten dreißig Jahren zwar deutlich zugelegt, ist aber weit hinter dem der europäischen Länder zurückgeblieben. Eine der möglichen Ursachen für diesen Entwicklungsverlauf ist also die Sonderposition der Schweiz innerhalb Europas.

Ein weiterer Grund für die relative Abschwächung des internationalen Handels ist die bereits angesprochene reale Aufwertung. Dadurch sind die Importe für die Schweiz zwar billiger geworden (und ist der Wohlstand der Schweizer gestiegen), die relative Verbilligung der Importe hat aber gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte verschlechtert. Als Folge der Aufwertung lassen sich die Schweizer Produkte im Ausland weniger gut absetzen und die Exportwirtschaft leidet.

Tabelle 3 zeigt, dass nicht nur die Zuwachsraten bei den Handelszahlen beunruhigend sind, sondern dass auch das Niveau des Handels – d.h. die Importe und Exporte als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts – vergleichsweise niedrig ist. Als kleines Land mit nur zirka 7,5 Millionen Einwohnern ist die Schweiz, um ein hohes Wohlstandsniveau zu erreichen, auf den internationalen Handel angewiesen. Im Durchschnitt haben die hier zum Vergleich betrachteten kleinen europäischen Länder ebenfalls eine Einwohnerzahl von 7,5 Millionen – und liegen mit einer Quote von fast 100 Prozent nahezu 25 Prozentpunkte über

**Tabelle 3: Internationaler Handel im Vergleich, 1971-2000.**

		1971-80	1981-90	1991-00
(X+M)/Y	EU12	47,82	55,63	58,63
	SDEC8	79,57	91,14	96,36
	Schweiz	63,04	71,46	72,23
%Δ(X+M)	EU12	6,5%	2,8%	5,0%
	SDEC8	5,1%	2,5%	5,0%
	Schweiz	3,1%	1,9%	3,1%

Quelle: Worldbank Development Indicators, eigene Berechnungen.

Die obere Hälfte der Tabelle zeigt die durchschnittliche Summe der Exporte (X) und Importe (M) als Prozentsatz des BIPs (Y). Die untere Hälfte gibt die durchschnittliche Wachstumsrate des Handelsvolumens an (gemessen als die Summe der Exporte und Importe).

dem Niveau der Schweiz.<sup>4</sup> Mit anderen Worten ist die Schweiz zwar offen, aber bei langem nicht so offen wie ihre kleinen Nachbarländer.<sup>5</sup>

Dass dies eine mögliche Erklärung für die Wachstumsschwäche der Schweiz sein könnte, wird durch die empirische Literatur über das Wirtschaftswachstum bestätigt. Im Lauf der Jahre sind viele Thesen entwickelt worden, die langfristige Wachstumsdifferenzen zwischen Ländern erklären sollen. In letzter Zeit ist häufig versucht worden herauszufinden, welche der in der Literatur vorgeschlagenen Variablen diese Differenzen tatsächlich robust erklären können. Einer der wenigen Variablen, die die durchgeführten Robustheitstests übersteht, ist „Offenheit“ oder „Internationaler Handel“. Levine und Renelt (1992) zum Beispiel, finden ein robusten Zusammenhang zwischen Handel und Investitionen; Sala-i-Martin (1997) zeigt, dass die für die Erklärung des Wirtschaftswachstums wichtigsten Variablen, das ursprüngliche Einkommen, die

<sup>4</sup> Ein Vergleich mit den EU12 in dem grosse Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien die durchschnittliche Einwohnerzahl auf mehr als 25 Millionen bringen, ist hier wenig sinnvoll, denn diese grossen Länder sind weniger auf internationalen Handel angewiesen.

<sup>5</sup> Auch Borner und Bodmer (2004) zeigen, dass die Schweiz in Sachen Offenheit innerhalb der OECD allenfalls durchschnittlich ist. Zwar hat sich der Offenheitsgrad über die Jahre erhöhet, aber dennoch sind Länder wie Belgien oder Irland markant offener und sogar Österreich, Deutschland und Italien schneiden besser ab.

**Tabelle 4: Arbeitsproduktivität (pro Arbeiter) nach Sektoren (in konstanten 1995 Franken und Wachstumsraten (%)).**

	Schweiz			Schweiz 2000 vs. 1990	EU12 2000 vs. 1990	SDEC8 2000 vs. 1990
	Arbeitsproduktivität					
	1990	1995	2000			
<b>offene Sektoren:</b> (30% der Beschäftigten)						
Verarbeitendes Gewerbe	93.57	105.13	130.01	38.9%	63.5%	69.3%
Finanzsektor	213.00	209.03	253.36	18.9%	17.0%	27.0%
Transportgewerbe	102.05	98.58	109.88	7.7%	54.3%	34.4%
<b>geschlossene Sektoren:</b> (45% der Beschäftigten)						
Immobilien	159.75	147.60	142.69	-10.7%	-15.3%	-11.2%
Handel	73.44	67.13	65.00	-11.5%	10.5%	21.9%
Baugewerbe	71.92	64.14	61.87	-14.0%	-1.6%	4.6%
Landwirtschaft	62.68	60.37	49.43	-21.1%	64.1%	56.3%
Gastronomie	57.86	43.30	45.37	-21.6%	-15.4%	-1.3%

Quelle: Groningen Growth and Development Centre, *60-Industry Database*, Februar 2005.

Die ausgelassene Sektoren – in dem zirka 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten – sind der öffentliche Sektor, der Bildungssektor, der Gesundheitssektor und der nicht profitorientierte Sektor.

Anlageinvestitionen und die Dauer der Offenheit einer Volkswirtschaft sind. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen auch Sala-i-Martin et al. (2004) und Sturm und de Haan (2005).

Der relativ niedrige Grad an Offenheit ist zweifelsohne auf die Verkrustungen im Schweizer Binnenmarkt zurückzuführen. Der Global Competitiveness Report zeigt beispielsweise, dass die Schweiz unter den europäischen Vergleichsländern am stärksten auf versteckte Importbarrieren zurückgreift. Der unzureichende Wettbewerb sowohl im Inland als auch mit dem Ausland, führt zu Verzerrungen und einem vergleichsweise hohen Preisniveau. Dass eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft und der Abbau von Restriktionen das Wirtschaftswachstum durchschnittlich erhöht, weist beispielsweise Dreher (2003) nach.

Der Schutz vor all zu viel Wettbewerb hat Konsequenzen für die Produktivität der Schweizer Wirtschaft. Wie bereits Tabelle 1 gezeigt hat, ist die Schweiz heute Schlusslicht bei der Arbeitsproduktivität pro geleisteter Stunde. Zweifellos trifft das nicht auf alle Sektoren gleichermassen zu. Die Exportbranche

ist hochkompetitiv und hat wohl kein Produktivitatsproblem. Auch die chemische Industrie ist im Vergleich mit anderen Ländern sehr produktiv. Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, ist die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe, dem Finanzsektor und dem Transportwesen besonders hoch (und seit 1990 gewachsen). Demgegenüber stehen allerdings Branchen mit einer im internationalen Vergleich deutlich geringeren Produktivität. Eine Analyse der sektoralen Produktivität und des Beschäftigungsanteils dieser Sektoren zeigt, dass die Beschäftigung in den hochproduktiven Branchen vergleichsweise niedrig ist. Zudem ist das *Wachstum* der Produktivität in den meisten Sektoren deutlich niedriger als in den vergleichbaren Ländern (Tabelle 4), was vor allem der starken Regulierungsdichte im geschützten Schweizer Binnenmarkt anzulasten ist. In der Folge kommt es nicht in ausreichendem Mass zu notwendigen Verlagerungen der Produktion in produktivere Sektoren (Brunetti 2003).

Alles in allem hat die voranstehende Analyse gezeigt, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz durch mangelhaften Wettbewerb, die reale Aufwertung des Frankens und die europäische Integration an Anziehungskraft verloren hat. Inwieweit die Rolle des Staates für die Wachstumsschwäche verantwortlich ist, bleibt indessen weitgehend offen. Was die Plausibilität der nachfrage- und angebotsseitigen Erklärungen der Wachstumsschwäche angeht, sind letztere wie erwartet weit überzeugender.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Dass die Schweiz bereits über einen längeren Zeitraum hinweg ein deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum ausweist als die meisten – wenn nicht sogar alle – entwickelten Länder der Welt wird inzwischen von (fast) allen Ökonomen anerkannt. Wie bei der Arbeit mit gesamtwirtschaftlichen Statistiken üblich, gibt es zwar signifikante Messprobleme – es hat sich aber gezeigt, dass die Wachstumsschwäche der Schweiz unabhängig von der Messmethode bestehen bleibt. Besonders die Produktivitatszahlen machen deutlich, dass die Schweiz nicht erst seit den neunziger Jahren unter niedrigen Wachstumsraten leidet. Die Aufholjagd der anderen hier betrachteten Länder hat bereits Mitte der siebziger Jahre angefangen (und sich Anfang der neunziger Jahren nochmals verschärft).

Durch den Vergleich mit anderen kleinen und einkommensstarken europäischen Ländern haben wir die gängigsten Erklärungen der Wachstumsschwäche mit Daten konfrontiert. Ohne auf sophistische wissenschaftliche Methoden zurückzugreifen, haben wir untersucht, in welchen Bereichen die Schweiz schlechter abschneidet als unsere Vergleichsgruppen. Auf diese Art sind wir zumindest in der Lage, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Die durchgeführten Vergleiche haben gezeigt, dass die relative Geschlossenheit der Schweiz ihrer Wirtschaft zu schaffen macht. Unzureichender Wettbewerb im Inland hält den notwendigen Strukturwandel auf und bremst damit das Wirtschaftswachstum. Die weltweite, aber besonders die europäische Integration hat das Problem noch verschärft. Durch die reale Zinskonvergenz in Europa und die Verschiebung des Handels zugunsten innereuropäischer Verflechtungen musste die Schweiz im Verteilungskampf grössere Stücke des Kuchens an ihre Nachbarländer abgeben. Zusammen mit der realen Aufwertung des Schweizer Frankens hat der Standort Schweiz dadurch international an Terrain verloren, was sowohl den Investitionsrückgang als auch die Wachstumsschwäche zumindest teilweise erklären kann.

## Literatur

Abrahamsen, Yngve, Roland Aeppli, Erdal Atukeren, Michael Graff, Christian Müller und Bernd Schips (2003), The Swiss Disease: Facts and Artefacts, KOF Arbeitspapier 71.

Binswanger, Mathias (2005), Wohlstand wird unterschätzt, St. Galler Tagblatt, 24. Februar.

Borner, S. und F. Bodmer (2004), Wohlstand ohne Wachstum – eine Schweizer Illusion, Orell Füssli, Zürich.

Boss, Alfred und Carsten-Patrick Meier (2002), Wachstums-Schlusslicht Deutschland: Ein Beitrag zur Debatte, Die Weltwirtschaft, 2: 158-171.

Brunetti, Aymo (2003), Hat die Schweiz ein langfristiges Wachstumsproblem? Auf die Wirtschaftspolitik warten grosse Herausforderungen, Neue Zürcher Zeitung, 31 Mai, Nr. 124: 29.

Dreher, Axel (2003), Does Globalization Affect Growth? mimeo.

Ettlin, F. und Serge Gaillard (2003), Die geldpolitischen Fehler nicht wiederholen: War die SNB in den neunziger Jahren zu restriktiv? Neue Zürcher Zeitung, 17 April, Nr. 90: 27.

Feld, Lars P. und M.R. Savioz (1997), Direct Democracy Matters for Economic Performance. An Empirical Investigation, Kyklos 50, 4: 507–38.

Freitag, Markus und Adrian Vatter (2004), Political Institutions and the Wealth of Regions – Swiss Cantons in Comparative Perspective, European Urban and Regional Studies 11, 4: 291–301.

Kappeler, B. (2003), Die Schweiz ist reicher, als sie scheint, NZZ am Sonntag, 13. April: 49.

Kirchgässner, Gebhard (2004), Zum Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und wirtschaftlicher Entwicklung, Universität St. Gallen Arbeitspapier 2004-16.

Kirchgässner, Gebhard (2005), Die Schweiz steht still, St. Galler Tagblatt, 4. Februar.

Kohli, Ulrich (2002), Veränderung der Terms of Trade und reales BIP, SNB Quartalsheft 2: 54-63.

Levine, Ross and David Renelt (1992), A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regressions, *American Economic Review*, 82:4, 942-963.

Maddison, Angus (2001), *The world economy: A millennial perspective*, Development Centre Seminars, Paris and Washington, DC: OECD.

OECD (2002), *Purchasing Power Parities and Real Expenditures 1999 Benchmark year*, Edition 2002.

Rechsteiner, Rudolf (2003), AHV starken – Die Schweiz nicht zu Tode sparen! *Basler Zeitung*, 17. Juli.

Sala-i-Martin, Xavier (1997), I Just Ran Two Millions Regressions, *American Economic Review*, 87:2, pp. 178-183.

Sala-i-Martin, Xavier, Gernot Doppelhofer und Ronald I. Miller (2004), Determinants of Long-Term Growth: A Bayesian Averaging of Classical Estimates (BACE) Approach, *American Economic Review*, 94:4, September, 813-835.

Schaltegger, Christoph A. (2003), Wachstumsschwäche Schweiz: Ein Messproblem? *Eidgenossische Steuerverwaltung ESTV*, 1. Dezember.

Sturm, Jan-Egbert und Jakob de Haan (2005), Determinants of Long-term Growth: New Results Applying Robust Estimation and Extreme Bounds Analysis, *Empirical Economics*, (forthcoming).



THURGAUER  
WIRTSCHAFTSINSTITUT  
an der Universität Konstanz

Hauptstr. 90  
CH-8280 Kreuzlingen 2

Telefon: +41 (0)71 677 05 10  
Telefax: +41 (0)71 677 05 11

[info@twi-kreuzlingen.ch](mailto:info@twi-kreuzlingen.ch)  
[www.twi-kreuzlingen.ch](http://www.twi-kreuzlingen.ch)